

Dozentenvertrag  
- RAHMENVERTRAG -

---

Zwischen

dem **Deutsches Rotes Kreuz e.V.**,  
vertreten durch den Vorstand,  
dieser vertreten d.d. Vorsitzenden (Generalsekretär) Christian Reuter,  
Carstennstraße 58, 12205 Berlin,

- nachfolgend "**Auftraggeber**" genannt -

und

[Name/Firma des Vertragspartners]

[Anschrift des Vertragspartners]

[vertreten durch (Person/Organ, durch die der Vertragspartner bei Abschluss dieses Vertrages rechtlich wirksam vertreten wird)]

- nachfolgend "**Auftragnehmer**<sup>1</sup>" genannt -

- Auftraggeber und Auftragnehmer nachfolgend  
auch die "**Vertragsparteien**" genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

**Präambel:**

Der Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK e.V.) ist die Nationale Gesellschaft des Roten Kreuzes auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Als solche ist es Teil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, die Opfern von Konflikten und Katastrophen sowie anderen hilfsbedürftigen Menschen in gesundheitlichen oder sozialen Notlagen umfassend Hilfe leistet, allein nach dem Maß der Not. Das DRK bekennt sich als nationale Rotkreuzgesellschaft zu den sieben Rotkreuzgrundsätzen: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität. Es gehört als gemeinnützige humanitäre Organisation zu den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland.

**Das Ziel des Auftrags ist die Planung und Durchführung einer digitalen Fortbildungsreihe für die Mitarbeitenden der DRK-Schuldnerberatungsstellen. Die Schuldnerberater sollen befähigt werden, ihre Fachkenntnisse zu vertiefen, sich über aktuelle Entwicklungen im Bereich der**

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der Lesbarkeit wird bei allen Personenbezeichnungen und Pronomen das generische Maskulinum verwendet. Dies soll ausdrücklich im Sinne der Gleichbehandlung alle Geschlechter umfassen und beinhaltet keinerlei Wertungen.

**Schuldnerberatung zu informieren und ihre Beratungskompetenzen weiter zu verbessern. Durch die Vermittlung von bewährten Beratungsmethoden und den Austausch mit Experten und Kolleg/innen soll die Qualität der Beratung gesichert und kontinuierlich gesteigert werden.**

### **§ 1 Vertragsgegenstand und Vertragsbestandteile**

- (1) Der Auftragnehmer wird im Zeitraum von 01.01.2026 bis 31.12.2028 eine digitale Fortbildungsreihe zum Thema Schuldnerberatung organisieren und durchführen. Die Leistungen bilden eine sachliche, wirtschaftliche und rechtliche Einheit.
- (2) Neben diesem Vertrag gelten als Vertragsbestandteile :
  - die Leistungsbeschreibung des Auftraggebers,
  - das Angebot des Auftragnehmers.
- (3) Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden ausdrücklich nicht Vertragsbestandteil. Die Vertragsbestandteile sind als „sinnvolles Ganzes“ auszulegen. Widersprüche zwischen einzelnen Vertragsbestandteilen und -grundlagen sind nach allgemeinen Grundsätzen der Vertragsauslegung aufzulösen. Nur wenn gleichwohl noch unauflösbare Widersprüche verbleiben, bestimmt sich das Rangverhältnis nach der Reihenfolge der vorstehenden Auflistung. Ein Widerspruch in diesem Sinne liegt vor, wenn Anforderungen und/oder Leistungen in den Vertragsbestandteilen unterschiedlich definiert sind, nicht jedoch, wenn eine nachrangige Vertragsgrundlage eine vorherige lediglich ergänzt oder konkretisiert.
- (4) Ansprechpartner bei dem Auftraggeber für den Auftragnehmer ist Linda Bergmann.

### **§ 2 Leistungen des Auftragnehmers**

- (1) Der Auftragnehmer wird für den Auftraggeber folgende Leistungen erbringen, welche in der Leistungsbeschreibung konkretisiert werden: Gegenstand des Auftrags ist die Durchführung einer Fortbildungsreihe mit jeweils fünf digitalen Veranstaltungen zum Thema **Schuldnerberatung**. Eine Fortbildungsreihe erstreckt sich über einen Zeitraum von etwa einem Jahr. Im vorgesehenen Leistungszeitraum soll die Leistung voraussichtlich insgesamt drei Mal abgerufen werden. Die folgenden Leistungen sind zu erbringen:
  - (a) Planung und Durchführung der Online-Veranstaltungen.
  - (b) Die Fortbildungsreihe besteht aus 5 Veranstaltungen. Die Vorträge werden bei vier Veranstaltungen eine Dauer von ca. 3 UE (1UE = 45 Minuten) und bei einer Veranstaltung eine Dauer von ca. 5-7 UE haben. Der längere Vortrag dient der Vertiefung eines Einzelthemas. Es werden mindestens 15 Personen an der Veranstaltung teilnehmen (Mindestteilnehmerzahl).
  - (c) In den Vorträgen werden folgende Unterthemen behandelt:
    - Aktuelle Themen in der Schuldnerberatung;
    - Beratungsmethoden;
    - Wissenswertes in der Schuldnerberatungspraxis für verschiedene Zielgruppen.
  - (d) Zur Vermittlung der Inhalte werden verschiedene Methoden genutzt:
    - Theoretische Inputs durch Vorträge und Präsentationen;
    - Praktische Übungen;
    - Gelegenheit für Austausch und Fragen.

- (e) Die Veranstaltungstermine sollen auf die vier Quartale verteilt sein und zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer mit entsprechendem Vorlauf festgelegt sein.
  - (f) Der Referent wird die sich an seinen Vortrag anschließende Diskussion leiten und alle dort gestellten Fragen beantworten.
- (2) Der Auftragnehmer wird die Vorträge neutral sowie hersteller- und produktunabhängig halten sowie den Vortrag nicht vorrangig zum Zwecke der Eigenvermarktung oder wirtschaftlicher Eigeninteressen nutzen. Außerdem wird er die Grundwerte des Auftraggebers sowie die Ziele des Vortrages beachten.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Durchführung des Vortrags durch den/die vorab schriftlich vereinbarte/n Vortragende/n (Herr/Frau N.N.) erbringen zu lassen. Nur in begründeten Ausnahmefällen kann er diese Leistung durch eine andere als vorab bestimmte Person erbringen, soweit er sicherstellt, dass deren fachliche und formale Qualifikation der der/dem ursprüngliche/n Vortragende/n gleichwertig ist und er ihr gleichlautende Verpflichtungen aufgrund des vorliegenden Vertrags auferlegt und dem Auftraggeber hierfür keine höheren Kosten entstehen. Der Auftragnehmer bleibt in diesem Ausnahmefall für die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrags gegenüber dem Auftraggeber verantwortlich. Sollte es dem Auftragnehmer nicht gelingen, einen fachlich und formal gleichwertigen Ersatz für die ausfallende Vortragende Person zu bieten und damit eine Durchführung des entsprechenden Vortrags nicht möglich sein, werden die dadurch entstehenden Kosten dem Auftragnehmer in Rechnung gestellt.

- (3) Der Auftragnehmer kann seine Tätigkeit nach Inhalt und Art und Weise selbst gestalten und die Arbeitszeit über die vereinbarten Termine hinaus selbst bestimmen. Er unterliegt keinem Weisungs- und Direktionsrecht seitens des Auftraggebers. Weisungsrechte des Auftraggebers bestehen auch nicht gegenüber Personen, die der Auftragnehmer ggf. im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen zur Vertragserfüllung einsetzt.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen fachgerecht und nach bestem Wissen und Gewissen zu erbringen.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Erbringung der Leistungen notwendige Reisen vorzunehmen. Reisen sind vorher mit dem Auftraggeber abzustimmen.

### **§ 3 Inkrafttreten, Laufzeit und Beendigung des Vertrages**

- (1) Dieser Rahmenvertrag wird für **3 Jahr(e)** geschlossen und tritt ab dem 01.01.2026 in Kraft. Der Vertrag endet automatisch spätestens zum **31.12.2028** oder bei Erreichen der budgetären Obergrenze gemäß § 7 Abs. 1.
- (2) Eine ordentliche Kündigung wird ausgeschlossen.
- (3) Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.  
Der Vertrag kann aus wichtigem Grund, insbesondere bei grober Pflichtverletzung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, erheblichem Dissens über die Gestaltung und Durchführung des Auftrages, der zu einer Unzumutbarkeit der weiteren Zusammenarbeit führt, Leistungsverzug oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung außerordentlich und fristlos gekündigt werden.
- (4) Im Falle einer Kündigung hat der Auftragnehmer nur einen anteiligen Anspruch auf die in dem Einzelauftrag geregelte Vergütung, soweit bereits Leistungen erbracht wurden. Diese können bis

zum Zeitpunkt des Zugangs der Kündigung abgerechnet werden. Bereits zu viel abgerechnete Vergütungsleistungen sind vom Auftragnehmer zurückzuzahlen.

- (5) Im Falle einer außerordentlichen Kündigung des Einzelauftrags oder des Rahmenvertrags hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf die im Einzelauftrag geregelte Vergütung. Bereits erhaltene Vergütungen sind vom Auftragnehmer an den Auftraggeber zurückzuzahlen. Der Erstattungsbetrag zu Gunsten des Auftraggebers ist mit einem Zinssatz von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz per annum ab dem Zeitpunkt der Zahlung durch den Auftraggeber zu verzinsen.
- (6) Wird eine auf der Grundlage dieses Vertrages geschlossene Einzelvereinbarung im Sinne des § 5 durch Rücktritt, Kündigung oder Vereinbarung aufgelöst, so wird der Bestand dieses Rahmenvertrages dadurch nicht berührt. Bestehende Einzelaufträge werden durch die Kündigung dieses Rahmenvertrages ebenfalls gekündigt, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.
- (7) Kündigungen bedürfen der Schriftform. Unter Schriftform verstehen die Vertragsparteien ein Dokument mit eigenhändiger Unterschrift (vom ggf. jeweiligen Vertretungsberechtigten), welches der anderen Vertragspartei im Original zuzustellen ist. Die Parteien erkennen an, dass die Schriftform auch durch eine marktübliche elektronische Signaturanwendung/-software (z.B. D.velop sign, DocuSign®) erfüllt wird.
- (8) Bei Beendigung dieses Vertrages ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber sämtliche ihm zur Erfüllung dieses Vertrages zur Verfügung gestellten Gegenstände, Unterlagen und Daten, einschließlich etwa hiervon gefertigter Kopien, herauszugeben. Sie stehen im Eigentum des Auftraggebers. Eigene, im Zusammenhang mit diesem Auftrag erstellte Unterlagen sind an den Auftraggeber in Kopie zu übergeben, wenn und soweit dieser die Unterlagen zur Dokumentation oder Fortentwicklung des Projektes benötigt.

#### **§ 4 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers**

- (1) Der Auftraggeber hat die Leistungen des Auftragnehmers durch angemessene Mitwirkungshandlungen im Sinne der nachstehenden Absätze zu unterstützen.
- (2) Er verpflichtet sich, dem Auftragnehmer alle zur Erfüllung dieser Rahmenvereinbarung und der Einzelaufträge erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen, soweit die Beschaffung dieser Information nicht im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers liegt und dies mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Rechtsvorschriften vereinbar ist.
- (3) Nimmt der Auftraggeber ihm obliegende Handlungen nicht rechtzeitig vor, so verschieben sich zugesagte Termine um eine angemessene Zeit. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber den Einzelauftrag nachträglich ändert oder ergänzt. Eventuell auftretende Wartezeiten sind von dem Auftragnehmer mit der Erledigung anderer vertraglich vereinbarter Aufgabenteile im Rahmen des Zumutbaren sinnvoll auszufüllen.

#### **§ 5 Durchführung und Abruf der Leistungen**

- (1) Zusätzliche Leistungen, im Rahmen des § 2 Abs. 1, können bis zum Ende der Vertragslaufzeit nach § 3 Abs. 1 und innerhalb der Vergütung nach § 7 Abs. 1 durch den Auftraggeber in Auftrag gegeben werden.
- (2) Mit Abschluss dieses Rahmenvertrages hat der Auftragnehmer noch keinen Anspruch auf Ausführung von Leistungen oder auf bestimmte Umsätze. Die konkreten Leistungen werden auf Grund von schriftlichen Einzelaufträgen erbracht, die von den Parteien nach Maßgabe dieses Rahmenvertrages vereinbart werden. Die Regelungen dieses Rahmenvertrages gelten für alle

Einzelaufträge, die der Auftragnehmer für den Auftraggeber durchführt. Eine Verpflichtung zur Auftragserteilung an den Auftragnehmer wird durch diesen Rahmenvertrag nicht begründet.

- (3) Der Auftraggeber behält sich vor, grundsätzlich jede der unter § 2 aufgeführten Leistungen wahlweise auch bei einem anderen Partner als dem Auftragnehmer in Auftrag zu geben.
- (4) Der Auftragnehmer erstellt auf Anfrage des Auftraggebers Angebote zu den erbetenen Einzelleistungen, in denen Gegenstand und Art der Leistung, Umfang sowie – sofern vom Auftraggeber gebietet – die Terminschiene bestimmt werden.
- (5) Bei der Erstellung der Angebote sind die in den Angeboten genannten Preise zugrunde zu legen.
- (6) Eine Verpflichtung des Auftraggebers zur Abnahme eines bestimmten Mindestkontingents an Leistungen besteht nicht.
- (7) Ein Auftrag kommt nur durch die in Textform erteilte Freigabe eines Angebotes durch den Auftraggeber zustande.

### **§ 6 Abnahme**

- (1) Sofern erforderlich, ist der Auftraggeber über die jeweils vertragsgemäß ausgeführten Leistungen in Textform zu verständigen und zur Abnahme aufzufordern.
- (2) Die Abnahme der vertragsgemäßen Leistungen erfolgt jeweils in Textform spätestens 14 Werktage nach Zugang der Abnahmeaufforderung.
- (3) Erweist sich das Ergebnis als nicht abnahmefähig, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die vom Auftraggeber konkret zu benennenden Mängel unverzüglich zu beseitigen sowie die voraussichtliche Dauer der Mängelbeseitigung mitzuteilen und nach Abschluss der Nacharbeiten die Mängelbeseitigung anzuzeigen.

### **§ 7 Vergütung**

- (1) Das Rahmenvertragsvolumen wird für die gesamte Vertragslaufzeit auf insgesamt 27.000 EUR (netto) geschätzt (Schätzwert) und auf maximal 35.000 EUR (netto) abschließend festgelegt (Obergrenze).
- (2) Für die vertragsgemäßen Leistungen wird der Auftragnehmer seinem Angebot entsprechend vergütet. Eine Rechnungstellung erfolgt durch den Auftragnehmer halbjährlich.
- (3) Leistungen, die im Rahmen eines Einzelauftrages nach § 5 beauftragt werden, werden entsprechend den unterbreiteten Preisen des Einzelauftrags vergütet. Für die Kalkulation der Einzelaufträge sind die Preise gemäß Angebot (dieses ist Vertragsbestandteil) einschlägig.
- (4) Die Vergütungen verstehen sich netto, ggf. zuzüglich Umsatzsteuer in der jeweils geltenden gesetzlichen Höhe
- (5) Der Auftragnehmer ist selbstständig verantwortlich für die Versteuerung seines Honorars sowie für notwendige Versicherungen auch im Falle einer Reise, wie u.a. Krankenversicherung. Die Steuerpflicht geht zu Lasten des Auftragnehmers.
- (6) Bei Leistungen eines im übrigen Gemeinschaftsgebiet ansässigen Unternehmers wird von der Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens i.S.d. § 13b UStG ausgegangen. Bei Auftragnehmer aus den Drittländern erfolgt eine analoge Anwendung des Revers-Charge-Verfahrens.
- (7) Die Vergütung ist jeweils fällig innerhalb von 21 Tagen nach schriftlicher und prüfbarer Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer. Die Rechnungen müssen folgende Angaben enthalten:
  - Bezeichnung der abgerechneten Leistungen,

- Nettozahlbetrag je abgerechneter Leistung und
- Netto- und Brutto- Gesamtrechnungssumme.

(8) Die Zahlung erfolgt jeweils durch Überweisung auf folgendes Konto des Auftragnehmers:

Bank:           

IBAN:           

(9) Anpassungen der Preise im laufenden Vertragsverhältnis sind unzulässig. Änderungen müssen dem Auftraggeber angetragen werden und bedürfen der schriftlichen Zustimmung.

### **§ 8 Nebenkosten**

Fahrt- und Übernachtungskosten, die im Rahmen der Leistungserbringung entstehen, werden gemäß der einschlägigen Reisekostenrichtlinien (Bundesreisekostengesetz) erstattet, wenn diese im Voraus schriftlich vereinbart wurden.

### **§ 9 Ausfall des Vortrags, höhere Gewalt und Pandemieklausel**

1. Bei Unterschreitung der Mindestteilnehmerzahl ist der Auftraggeber berechtigt, eine Veranstaltung abzusagen oder zu verlegen. In diesem Fall informiert der Auftraggeber den Auftragnehmer bis spätestens zwei Wochen vor dem Veranstaltungstermin. Ansprüche auf die Zahlung der Vergütung oder auf den Ersatz von Auslagen bestehen im Falle der Veranstaltungsabsage nicht.
2. Werden die Arbeiten durch den Eintritt höherer Gewalt unterbrochen, so werden die Parteien von den Verpflichtungen aus diesem Vertrag für diese Zeit befreit. Umfasst sind insbesondere bewaffnete Konflikte, Naturkatastrophen, Verfügungen von höherer Hand, Sabotage, Streiks und Aussperrungen, geologische Veränderungen und Einwirkungen und sonstige unvorhersehbare unabwendbare Ereignisse. In diesem Fall sind Schadenersatzansprüche ausgeschlossen.
3. Bei einem Eintritt von höherer Gewalt verpflichtet sich jede Vertragspartei die andere unverzüglich zu unterrichten und alle notwendigen Informationen, die der Schadensminderung dienen, zur Verfügung zu stellen. Die Parteien verpflichten sich über die möglichen und notwendigen Maßnahmen in einem solchen Fall zu beraten.
4. Werden die Parteien bei der Erfüllung ihrer vertraglichen Leistungen durch Auswirkungen beeinträchtigt, die direkt oder indirekt im konkreten Zusammenhang mit eine/r Schutzmaßnahme zur Verhinderung der (weiteren) Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes einer staatlichen Behörde oder anderen Epidemien oder Pandemien stehen, verpflichten sie sich hierüber die andere Vertragspartei unverzüglich in Textform zu informieren. Eine Verlängerung von Fristen ist in einem solchen Fall möglich, jedoch erst nach Rücksprache. Sie kann aber zu keinem Rücktrittsrecht oder Schadenersatzanspruch der anderen Vertragspartei führen. Beide Parteien verpflichten sich, ihr Möglichstes zur Schadensminderung zu unternehmen.
5. Eine Beeinträchtigung nach Absatz 4 liegt insbesondere vor, wenn
  - der Betrieb oder ein Teil des Betriebs einer Vertragspartei von Quarantänemaßnahmen betroffen ist,
  - behördlich angeordnete Betriebsschließungen, Ausgangssperren, Reiseverbote oder Auslands-Rückkehr-Gebote ausgesprochen werden,

- aufgrund von Einreisesperren oder anderweitiger behördlicher Maßnahmen Lieferketten unterbrochen werden und daher Material oder Dienstleistungen nicht zur Verfügung stehen,
  - der Betrieb oder ein Teil des Betriebs einer Vertragspartei aufgrund des Infektionsgeschehens nicht arbeitsfähig ist oder sich in Quarantäne befindet.
6. Beide Vertragsparteien sind bei einer andauernden Unterbrechung oder Beeinträchtigung von über 12 Monaten berechtigt, gänzlich oder teilweise den Vertrag zu kündigen, ohne dass von der anderen Vertragspartei hieraus Ersatzansprüche abgeleitet werden können.

## **§ 10 Nutzungsrechte**

- (1) Soweit Leistungen Urheberrechtsschutz genießen, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber mit Erbringung der vertragsgemäßen Leistung unwiderruflich alle räumlich, zeitlich und sachlich unbeschränkten, übertragbaren, ausschließlichen Nutzungsrechte ein. Dies umfasst alle zum Zeitpunkt der Rechteübertragung bekannten und zukünftig bekannt werdenden Medien und Nutzungsarten und schließt insbesondere das Recht ein, die Leistungsergebnisse zu vervielfältigen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen, in beliebiger Weise zu bearbeiten, weiterzuentwickeln, zu ändern und in sonstiger Weise umzugestalten und die hierdurch geschaffenen Ergebnisse in gleicher Weise zu nutzen.
- (2) Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, DRK-Untergliederungen (etwa Landesverbände, Kreisverbände, Ortsverbände, DRK-Service GmbH) und sonstigen Dritten Nutzungsrechte unbeschränkt einzuräumen.
- (3) Ein Anspruch auf gesonderte Vergütung für die Einräumung dieser etwaigen Nutzungsrechte nach Abs. 1 und Abs. 2 besteht nicht. Die Einräumung dieser etwaigen Nutzungsrechte ist durch das Honorar abgegolten.

## **§ 11 Schutzrechte Dritter**

- (1) Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die vertragliche Leistung frei von Schutzrechten Dritter ist, die ihre vertragsmäßige Nutzung durch den Auftraggeber ausschließen oder einschränken.
- (2) Werden nach Vertragsabschluss Verletzungen von Schutzrechten geltend gemacht und wird die vertragsmäßige Nutzung der vertraglichen Leistungen beeinträchtigt oder untersagt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach Wahl des Auftraggebers entweder die vertragliche Leistung in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass sie nicht mehr unter die Schutzrechte fallen, gleichwohl aber den vertraglichen Bestimmungen entsprechen, oder das Recht zu erwirken, dass die vertragliche Leistung uneingeschränkt und für den Auftraggeber ohne zusätzliche Kosten vertragsgemäß genutzt werden kann. Ist dies dem Auftragnehmer binnen eines Zeitraumes von 20 Kalendertagen ab Geltendmachung der Schutzverletzung nicht möglich, so hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine angemessene Nachfrist von mindestens 14 Kalendertagen zu setzen. Gelingt dies dem Auftragnehmer auch nicht in dieser Frist, so kann der Auftraggeber ganz oder teilweise von diesem Vertrag zurücktreten oder die Herabsetzung der Vergütung verlangen und Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen verlangen. Eine Nachfristsetzung bedarf es nicht, wenn der Auftragnehmer offensichtlich nicht zur Mängelbeseitigung in der Lage ist oder die Mängelbeseitigung ablehnt.

- (3) Der Auftragnehmer übernimmt die alleinige Haftung und Rechtsverteidigung gegenüber denjenigen, die Verletzungen von Schutzrechten geltend machen. Der Auftragnehmer ist insbesondere berechtigt und verpflichtet, alle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesen Ansprüchen ergeben, auf eigene Kosten durchzuführen und den Auftraggeber von jeglicher Inanspruchnahme durch Dritte auf erstes Anfordern umfassend freizustellen.
- (4) Der Auftraggeber wird vom Auftragnehmer unverzüglich in Textform benachrichtigt, wenn gegen ihn Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden.

## **§ 12 Sach- und Rechtsmängel**

- (1) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen frei von Mängeln und von Rechten Dritter sind. Eine Mängelmeldung hat an folgende Adresse zu erfolgen: **[E-Mail des Auftragnehmers]**.
- (2) Sollten die vertragsgegenständlichen Leistungen Schutzrechte Dritter verletzen, wird der Auftraggeber den Auftragnehmer unverzüglich schriftlich unterrichten und diesem die zur Abwehr erforderlichen Informationen und sonstige angemessene Unterstützung zur Verfügung stellen.
- (3) Der Auftragnehmer wird auf eigene Kosten und nach seiner Wahl entweder dem Auftraggeber die erforderlichen Nutzungsrechte verschaffen oder die vertragsgegenständlichen Leistungen so abändern, dass sie Schutzrechte Dritter nicht mehr verletzen, aber weiterhin den vertraglichen Vereinbarungen entsprechen. Im letzten Fall wird der Auftragnehmer alle dafür erforderlichen Konvertierungen, Umstellungen, Anpassung von Dokumentationen, Schulungen etc. durchführen. Ist der Auftragnehmer nicht in der Lage, die erforderlichen Nutzungsrechte zu gewähren oder die vertragsgegenständlichen Leistungen entsprechend abzuändern, ist der Auftraggeber zur sofortigen Kündigung dieses Vertrags berechtigt. Das Recht des Auftraggebers, darüber hinaus gehende Schadensersatzansprüche geltend zu machen, bleibt unberührt.
- (4) Im Falle der Verletzung von Schutzrechten Dritter wird der Auftragnehmer den Auftraggeber von allen daraus resultierenden Ansprüchen und Schadenersatzforderungen sowie von den Kosten der Rechtsverteidigung in angemessener Höhe gegen Nachweis freistellen. Die Freistellung steht unter der Voraussetzung, dass der Auftraggeber nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftragnehmers einen Vergleich über die von dem Dritten geltend gemachten Ansprüche schließt oder diese anerkennt.

## **§ 13 Verschwiegenheit und Datenschutz**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle ihm im Zusammenhang mit der Erfüllung dieses Vertrages bekannt gewordenen oder bekannt werdenden DRK-Angelegenheiten auch über das Ende dieses Vertrages hinaus Stillschweigen zu bewahren.
- (2) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen Beachtung finden. Sämtliche personenbezogenen Daten sind bei Beendigung der Vereinbarung dem Auftraggeber auf dessen Verlangen zu übergeben oder unverzüglich zu löschen. Zur Auftragserfüllung gegenüber dem Auftraggeber setzt der Auftragnehmer im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen nur solches Personal ein, das zur Vertraulichkeit verpflichtet wurde.



## **§ 14 Haftung**

- (1) Der Auftragnehmer haftet unbeschränkt
  - bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit,
  - für die Verletzung von Leben, Leib oder Gesundheit,
  - nach den Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes sowie
  - im Umfang einer vom Auftragnehmer übernommenen Garantie.
- (2) Bei leicht fahrlässiger Verletzung einer Pflicht, die wesentlich für die Erreichung des Vertragszwecks ist (Kardinalpflicht), ist die Haftung des Auftragnehmers der Höhe nach begrenzt auf den Schaden, der nach der Art des fraglichen Geschäftes vorhersehbar und typisch ist.
- (3) Eine weitergehende Haftung des Auftragnehmers besteht nicht.
- (4) Die vorstehende Haftungsbeschränkung gilt auch für die persönliche Haftung der Mitarbeiter, Vertreter und Organe des Auftragnehmers.

## **§ 15 Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht**

Gegen Ansprüche des Auftraggebers kann der Auftragnehmer nur mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderung aufrechnen. Zur Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten ist der Auftragnehmer nur aufgrund von Gegenansprüchen aus dem gleichen Vertragsverhältnis berechtigt.

## **§ 16 Schlussbestimmungen**

- (1) Die Vertragsparteien sind sich einig, dass durch diesen Vertrag kein Dienstverhältnis im Sinne des Arbeits-, Versicherungs- und Steuerrechts begründet wird. Es werden daher keine Sozialleistungen gewährt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine steuerrechtlichen Verpflichtungen selbstständig zu erfüllen. Dies ist bei der Kalkulation des Honorars berücksichtigt. Der Auftragnehmer ist nicht in die Betriebsorganisation des Auftraggebers eingegliedert. Er ist berechtigt, auch für andere Auftraggeber tätig zu werden. Das Auftreten am Markt zur Akquirierung anderer Auftraggeber ist dem Auftragnehmer ohne Einschränkungen möglich.
- (2) Nebenabreden oder Ergänzungen und Änderungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform. Mündliche Abmachungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung der Schriftform.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam, nichtig oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, unwirksame oder nichtige Bestimmungen durch neue Bestimmungen zu ersetzen, die dem in den unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen enthaltenen wirtschaftlichen Regelungsgehalt in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden. Entsprechendes gilt, wenn sich in dem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte.
- (4) Sämtliche in diesem Vertrag genannten Anlagen sind verpflichtender Vertragsbestandteil.

- (5) Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- (6) Als ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird Berlin vereinbart.

Berlin, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Christian Reuter

Generalsekretär

\_\_\_\_\_  
.....